

Interpellation SVP-Fraktion:**«Haltung der Regierung zur internationalen Zusammenarbeit in Steuersachen und zum Bankkundengeheimnis**

In der Mitteilung vom Mai 2009 über ihre Position zu verschiedenen Steuerfragen äusserte sich die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) zurückhaltend aber verständnisvoll zu den Plänen des Bundesrates, den Informationsaustausch (gemäss Art. 26 OECD-Musterabkommen) sowie die Amtshilfe in internationalen Steuerfragen auszudehnen. Inzwischen ist gemäss den Äusserungen des Präsidenten der FDK eine Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wünschenswert und absehbar.

Die Regierung wird gebeten, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich die Regierung zur Frage des erweiterten Informationsaustausches, der internationalen Amtshilfe und der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug und des Zielkonflikts der Aufrechterhaltung des Schutzes der Privatsphäre?
2. Welche Auswirkungen könnte eine Aufweichung bzw. Aufhebung des Bankkundengeheimnisses oder die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug auf den NFA haben?
3. Wäre es aus Sicht der Regierung angezeigt, im Falle von massiven Einnahmenausfällen bei den NFA-Hauptlastträgern aufgrund der oben erwähnten Entwicklungen eine Neugestaltung bzw. einen Umbau des NFA zu fordern?
4. Wie viele Arbeitsplätze im Kanton wären bei einer Aufweichung bzw. Aufhebung des Bankkundengeheimnisses im Kanton St.Gallen gefährdet?»

7. Juni 2010

SVP-Fraktion